

80 Umteilungen vorgesehen

Sekundarschulklassen 2017/2018

Von Thomas Dähler

Liestal. Auch im kommenden Schuljahr werden im Baselbiet 80 angehende Sekundarschülerinnen und -schüler nicht in die nächstgelegene Schule eingeteilt. Das Amt für Volksschulen teilte gestern mit, dass es 2017/2018 insgesamt elf Sekundarschulklassen weniger geben wird als heute. Insgesamt 15 Vollzeit-Lehrerstellen gehen in den Sekundarschulen verloren.

95 Schülerinnen und Schüler waren im vergangenen Jahr von einer Zuweisung an einen anderen Schulort betroffen. 80 werden es in diesem Sommer sein. Wie viele Schülerinnen und Schüler sich freiwillig einer Umteilung unterstellen, ist noch offen. Die Sekundarschulen werden in einem nächsten Schritt die Eltern der betroffenen Schulklassen befragen – und möglichst viele Umteilungen danach ohne Verfügung vornehmen.

Dass die Klasseneinteilungen ohne neue gesetzliche Grundlagen vorgenommen werden, überrascht. Im vergangenen August hatte die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion eine Gesetzesrevision in die Vernehmlassung geschickt, die es erlaubt hätte, mit den gesetzlich festgeschriebenen Klassengrößen flexibler umzugehen. Die bis Ende November eingegangenen Stellungnahmen dazu waren aber mehrheitlich skeptisch bis ablehnend. Bis heute hat der Regierungsrat keine Vorlage dazu verabschiedet.

Im Baselbieter Landrat waren die umstrittenen Umteilungen mehrmals Thema einer Fragestunde. Dabei stellte sich heraus, dass die gesetzlich zulässigen Maximalgrößen für Schulklassen in mehreren Fällen überschritten sind. Ob dies auch im kommenden Schuljahr wieder der Fall sein wird, geht aus der gestern veröffentlichten Medienmitteilung nicht hervor. 7852 Schülerinnen und Schüler sollen 2017/2018 in 404 Klassen untergebracht werden. Die restriktivere Klasseneinteilung ist eine Folge der beschlossenen Strategiemassnahmen zur Gesundung des Staatshaushalts.

Die Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion plant, wie sie schon im letzten Herbst bekannt gab, von 2017 bis 2020 insgesamt 36 Sekundarlehrer-Stellen einzusparen – möglichst über Fluktuationen, Pensionierungen und Pensenreduktionen. 18,8 Millionen Franken sollen damit eingespart werden. Heute belaufen sich die durchschnittlichen Klassengrößen auf 17,7 Schüler im Niveau A, 20,6 Schüler im Niveau E und 21,6 Schüler im Niveau P. Für das Niveau E ist vorgesehen, die durchschnittliche Klassengröße auf 21,7 Schüler ansteigen zu lassen, für das Niveau P auf 22,4 Schüler.

Nachrichten

Post im Freilager wird geschlossen

Münchenstein. Die Post ersetzt ihre Filiale Freilager im Juli 2017 durch eine Annahme- und Zustelllösung mit Automat. Das neue Angebot stehe von Montag bis Sonntag rund um die Uhr zur Verfügung und umfasse einen Paketautomaten (My Post 24) und einen Briefeinwurf, teilte die Post gestern mit.

Härtebeitrag wegen hoher Sozialhilfekosten

Liestal/Grellingen. Die Regierung hat der Gemeinde Grellingen an deren Sozialhilfekosten im Jahr 2015 einen Härtebeitrag in der Höhe von 180 000 Franken gesprochen. Härtebeiträge werden geleistet, wenn nicht selber verschuldete Lasten die Gemeindefinanzen aus dem Lot zu bringen drohen.

Regierung macht Bericht zum Verkehrsfluss publik

Liestal. Der Regierungsrat hat den Verkehrsflussbericht 2016 über Massnahmen zur Verminderung und zum Abbau von Staus auf dem Strassennetz zur Kenntnis genommen und ihn auf www.bl.ch aufgeschaltet.

Bitte nicht zu viel baggern

Ein schützenswertes Gebäude zu sanieren, ist ein kleines Abenteuer



Vorbildliche Sanierung. Ettinger Bauernhaus von 1839 mit Krüppelwalmdach und Ökonomiegebäude. Foto Dominik Plüss

Von Daniel Aenishänlin

Ettingen. Sie sind die eigentlichen Schmuckstücke einer Gemeinde. Diese schützenswerten Objekte wie jenes freistehende Bauernhaus von 1839 mit Krüppelwalmdach und Ökonomiegebäude an der Schanzgasse in Ettingens Kernzone. Seit jeher ist es in Familienbesitz. Nun wurde es saniert und umgebaut. Die Baselbieter Denkmalpflege stellte es an ihrem Mediencafé vor.

Vom Eigentümer verlangen solche Gebäude einen bewussten Umgang mit der Bausubstanz. «Ein Dorf entwickelt sich», erklärte Ortsbildpfleger Philippe Allemann, «die Gebäude wachsen mit und bilden eine in sich stimmige Siedlungsstruktur.» Deshalb achten Denkmal- und Ortsbildpflege gerade im Fall von schützenswerter Bausubstanz darauf, «dass nicht zu viel mit dem Bagger gestaltet wird». Auch wenn das schneller und einfacher sei. Es lohne sich, bereits mit dem Vorprojekt bei der Ortsbildpflege vorzusprechen. Damit erspare sich der Eigentümer Ungemach in einer späteren Phase: Zeit und Geld.

Substanz respektieren

Architektin Ulrike Schröder begleitete Sanierung und Umbau während zwei Jahren. Historische Materialien wie Kalkputz, Rupfen oder Holzverkleidung wurden erneuert, Böden und Decken mussten neu aufgebaut werden, um die primäre Holzkonstruktion verstärken zu können. «Ziel war es, die Substanz zu respektieren, gleichzeitig aber moderne Elemente zu ermöglichen», sagte Schröder. Wichtig sei gewesen, den Charakter des Hauses zu erhalten.

Philippe Allemann betonte, «vor Sanierungsbeginn stehen dem Eigentümer noch alle Wege offen». Die Arbeiten

könnten sich noch in unterschiedliche Richtungen orientieren. Grenzen setzen die kommunalen Zonenvorschriften. Für Allemann ist es entscheidend, wie Architektin, Eigentümer, Behörden und auch Unternehmen und Handwerker zusammenarbeiten. Man müsse miteinander Lösungen finden.

Energetisch saniert wurden die Fenster. Der Zugang von der Scheune zum Haus erhielt eine Wärmedämmung. Ansonsten beschränkten die Bauherren die Eingriffe im Ökonomieteil auf den Unterhalt. Allerdings wurde das Dach mit historischen Biberschwanzziegeln neu gedeckt. Das ehemalige Hühnerhaus im Garten wich einem Schopf, auf dem sich nun Solarpanels zur Warmwassergewinnung befinden. Der schadhafte Fassadenputz



Moderne im Historischen. Der Ortsbildpflege geht es nicht nur ums Äussere eines Gebäudes.

wurde ersetzt durch einen Hochleistungsdämmputz mit zusätzlichem, feinem Deckputz.

Von den Auflagen würden alle profitieren, ist Philippe Allemann überzeugt. Die kommunalen Zonenvorschriften gäben dem Eigentümer die nötige Planungssicherheit. «Er weiss, in welchem Rahmen er sich bewegen kann», sagt Allemann. Die Allgemeinheit wiederum profitiere von einem intakten Ortsbild.

Das Gebäude kennenlernen

Wer sich für ein schützenswertes Gebäude statt für einen Neubau entscheidet, tue gut daran, sich mit einem erfahrenen Architekten zusammenzutun. Zuerst gelte es, sich auf die bestehende Bausubstanz einzulassen und sich mit ihr auseinanderzusetzen. «Es geht darum, das Gebäude kennenzulernen», erklärt Philippe Allemann, «die richtige Lösung sieht immer wieder anders aus.»

Trotz aller Auflagen lässt sich einiges bewegen. Durch einen Ausbau des Dachgeschosses des ehemaligen Bauernhauses an der Ettinger Schanzstrasse wurde aus einem gewöhnlichen Estrich neuer Wohnraum. Durch das Abbrechen vieler Schuppen und Ställe konnte Platz im Garten geschaffen werden. Das ehemalige Waschhaus wurde in einen gedämmten Holzkubus verwandelt, der nun ebenfalls als Wohnraum dem Hauptgebäude angeschlossen ist. «Der Ortsbildpflege geht es nicht ausschliesslich ums Äussere eines Gebäudes», sagt Ortsbildpfleger Allemann, «die ganze Substanz interessiert, also auch das Innere.» Eigentümer und Architektin attestiert er im Ettinger Fall einen «sehr präzisen und sorgfältigen» Umgang, was durchwegs «stimmungsvolles Gesamtbild» ergebe.

Das Binniger Dorffest kann steigen

Einwohnerrat bewilligt Subvention von 190 000 Franken

Von Tobias Gfeller

Binningen. Die Planungen für das Binniger Dorffest im September 2018 können weitergehen. Der Einwohnerrat genehmigte den nötigen Subventionsbeitrag der Gemeinde ohne Gegenstimme. Die maximal 190 000 Franken werden aus dem Binniger Fonds entnommen, der von Binniger Bürgern geöffnet wird. Die Gemeinde trägt kein finanzielles Risiko. Dieses übernimmt das Organisationskomitee, das sich im Falle eines Festausfalls versichert hat.

Unter dem Motto «Binningen pulsiert» soll im und rund um den Schlosspark eine Mischung aus Dorffest und Gewerbeausstellung Binningen drei Tage lang auf Trab halten. Vereine und Geschäfte stellen sich vor und sorgen für Unterhaltung.

Im Einwohnerrat war die Vorfreude auf das Dorffest bereits spürbar. Alle Fraktionen begrüßten sowohl das Fest an sich wie auch die finanzielle Beteiligung der Gemeinde. Nur vonseiten der Grünen kam Kritik an der Festplanung und deren Budget mit einem Gesamtaufwand von rund 430 000 Franken. «Ein Dorffest mit Gewerbeausstellung mit fast 200 000 Franken zu finanzieren, erachten wir als übertrieben», sagte Beatrice Büschlen. Sie forderte das Organisationskomitee auf, kleinere Brötchen zu backen. Ginge es nach den Grünen, dürfte der Subventionsbeitrag der Gemeinde bei maximal 150 000 Franken liegen. Diese Forderung war im Rat aber chancenlos.

Streit um Rechnungslegung
Weit umstrittener war ein 2014 einstimmig eingereichtes Postulat zur Abschaffung der erst im Jahr 2006 eingeführten Wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WOF) durch die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission (GRPK). Binningen soll wieder zur herkömmlichen Rechnungslegung HRM2 zurückkehren, forderte die GRPK.

Im Unterschied zu HRM2, bei dem der Einwohnerrat über jeden einzelnen Budgetposten entscheiden kann und dafür die Mittel bereitstellt, erfolgt bei der WOF die Konkretisierung der Steuerungsvorgaben durch Leistungs- und Wirkungsziele. WOF führt so zu mehr Entscheidungsfreiraum für Verwaltungsmitarbeiter und den Gemeinderat im Einsatz der Ressourcen. Der Einwohnerrat stritt über die Effizienz und

Transparenz beider Systeme. Für die FDP und SVP ist diese bei der WOF mehr gegeben, für Rot-Grün und die CVP bei der herkömmlichen Rechnungslegung nach HRM2. Finanzchef Christoph Anliker (SVP) setzte sich vehement für den Verbleib bei WOF ein. In der GRPK stimmte er damals vor drei Jahren noch für deren Abschaffung.

Dass im Kanton Baselstadt nur gerade sechs von 86 Gemeinden nach WOF rechnen, ist für Rahel Bänziger (Grüne) ein klares Indiz für den Vorteil einer ordentlichen Budgetierung. Sie gab zudem an, bei Michael Bertschi, Abteilungsleiter Gemeindefinanzen beim Statistischen Amt Baselstadt, eine Einschätzung eingeholt zu haben. Gemäss Bänziger ausserte sich dieser klar für HRM2 als vorteilhafteres Rechnungsmodell. Schriftlich konnte die grüne Einwohnerrätin diese Aussage aber nicht belegen.

Die Debatte verlief teilweise chaotisch. Auch weil Ratspräsidentin Susanne Tribolet (SP) mit mehreren Ordnungsanträgen überfordert war und dafür eine über zehnmündige Pause zur Beratung einberufen musste. Am Ende setzten sich FDP und SVP mit 22 zu 15 Stimmen zum Verbleib bei der WOF durch.

Da war mal was

Wählen auf Teufel komm raus

Von Thomas Gubler



Zurzeit wird in mehreren Kantonen wieder gewählt. Das Wallis hat seine Flurbereinigung bereits hinter sich, dem Kanton Solothurn steht die Finalrunde zur

Neubesetzung der Kantonsregierung noch bevor. Kantonale Wahlen werden heute als Stimmungstest für die nächsten eidgenössischen betrachtet, selbst wenn diese – wie jetzt – noch in weiter Ferne sind. Vor ultimativen Schlüssen aus den Walliser und Solothurner Wahlen für die Nationalratswahlen im Herbst 2019 sei jedenfalls gewarnt.

Vor rund 40 Jahren war das noch anders. Da galten die Resultate der kantonalen Wahlen nicht als eidgenössische Stimmungsbarometer. Diese lieferten vielmehr – speziell im Kanton Solothurn – Anhaltspunkte für die zwei Monate später folgenden Gemeindevahlen. Denn so richtig ging die Post in den Solothurner Gemeinden ab. Dort kämpften die Parteien unter Einsatz fast aller Mittel um Sitze und Mehrheiten in den Gemeinderäten. Kommunalwahlen waren so etwas wie Bürgerkrieg ohne Hieb-, Stich und Feuerwaffen. Und es war gerade in kleineren Gemeinden nicht eine Auseinandersetzung zwischen Rechten und Linken. Die Schwarzen (CVP) und die Gelben (FDP, in Solothurn mit kleinem d) waren es, die einander noch das Zahnweh missgönnten. Die paar wenigen Roten spielten da keine wesentliche Rolle.

Politisch und konfessionell neutrale Vereine waren in den Dörfern nicht üblich. Der Kirchenchor war traditionell schwarz, der Männerchor freisinnig, Turnvereine gab es meistens zwei, die im Übrigen auch unterschiedliche Turnfeste besuchten. Und bei den Dorfbeizen wusste jedes Kind, welche für wen drei Monate vor bis drei Monate nach den Gemeindevahlen tabu waren. Hardcore-Parteigänger betreten die gegnerische Wirtschaft allerdings auch während der übrigen Zeit nur, wenn es sich nicht vermeiden liess.

Rückten die Gemeindevahlen näher, so geriet das Dorf erst in einen erhöhten Erregungs- und am Schluss in den Ausnahmezustand. Die Parteistrategen waren stets auf dem Laufenden, wer bereits gewählt hatte. Und wer noch nicht an der Urne war, wurde gnadenlos herangekarrt. Stimmbeteiligungen von über 90 Prozent waren die Regel. Wer trotz allem nicht wählen wollte, wurde geschnitten – und zwar von beiden Seiten.

In den meisten Gemeinden ist das Vergangene. Heute ist man froh, wenn sich genügend Kandidatinnen und Kandidaten zur Besetzung der Sitze zur Verfügung stellen. Schlechter geworden ist die Gemeindepolitik deswegen aber nicht. thomas.gubler@baz.ch

Kind wird bei Tramunfall schwer verletzt

10-Jähriger übersah Tramzug

Muttenz. Bei der Tramhaltestelle Käpeli an der St.-Jakob-Strasse wurde gestern Mittag ein Kind von einem einfahrenden Tram erfasst. Der 10-jährige Knabe wurde schwer verletzt, wie die Baselbieter Polizei mitteilt.

Gemäss den Erkenntnissen der Polizei überquerte der Bub mit dem Kickerboard den Fussgängerübergang bei der Tramhaltestelle und übersah das Tram. Er wurde seitlich erfasst und mehrere Meter mitgeschleift. Er musste von der Feuerwehr geborgen werden. Die Sanität brachte ihn mit schweren Verletzungen ins Spital, heisst es weiter, er befinde sich aber ausser Lebensgefahr.

Der Tramverkehr auf der Linie war infolge des Unfalls für rund drei Stunden unterbrochen. Auch ein Abschnitt der St.-Jakob-Strasse blieb für eine Stunde gesperrt. [ch](http://www.baz.ch)